Eisenacher Nachrichten

Nr. 5 # Stadtinfo # November 1998

Ungastliches Eisenach

Nichtdeutsche unerwünscht !?

(red) Ende September findet jedes Jahr die Interkulturelle Woche, auch Woche des ausländischen Mitbürgers genannt, bundesweit statt. Sie soll zu Verständnis und mehr Integration von Nichtdeutschen in der BRD beitragen. Auch in Eisenach werden seit Jahren Veranstaltungen im Rahmen dieser Woche durchgeführt.
Aber der selbst gewählte Anspruch der VeranstalterInnen und die Realität klaffen weit auseinander. Mensch braucht sich nur die nur für Ausländer geltende Gesetze oder die Situation von Flüchtlingen hierzulande anschauen. Dazu gehört die Unterkunft in Heimen, die nur 80 % Sozialhilfe, die Wertgutscheine, die Möglichkeit des Einkaufens nur in bestimmten Geschäften, die Beschränkung des Aufenthaltsortes und nicht zuletzt die ständige Bedrohung vor einer möglichen Abschiebung.
Aber auch so "normale" Dinge der Freizeitgestaltung wie der Besuch einer Diskothek ist in Eisenach für Nichtdeutsche durch Ausgrenzung gekennzeichnet, sie sind unerwünscht. So haben Diskotheken "Klubkarten" nur für nichtdeutsch Aussehende eingerichtet, um so zu verhindern, daß zu viele von ihnen das sauber-deutsche Diskobild beeinträchtigen.
Diese "Erfahrung" konnten gerade während der "Woche des Ausländischen Mitbürgers" in Eisenach mehrere Afrikaner machen.
Also doch eine gastfreundliche Stadt, unser Eisenach? ❑

Rechtsextreme Strukturen

Um eine Analyse der rechtsextremen Struktur in Eisenach ging es bei einer Veranstaltung mit dem Titel "Rechtsextreme in Eisenach" am 15. Oktober im Thüringischen Umweltzentrum. Veranstalter war der Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität.Die Thüringer Allgemeine berichtete über den Vortrag und titelte: "Aktive rechte Szene in der Wartburgstadt".

(red) Daß es eine aktive rechte Szene in Eisenach gibt, wird allein schon an der Auflistung von (zumindest zeitweiligen) Treffpunkten und Aktivitäten der extremen Rechten deutlich: Eierclub, Nachtcafé, Partyhaus, Pool, B-Klotz, CVJM-Haus, der Jugendclub in der Stedtfelder Straße, der Markt und Bahnhof sind Anlaufpunkte. In jeder Schule, die Gymnasien nicht ausgenommen, findet sich ein mehr oder weniger starkes rechtes Potential und die entsprechende Szene. Die Schulen in Eisenach Nord und der Katharinenstraße wären hier besonders hervorzuheben. Verstärkt sammeln sich Eisenacher Rechte an der Skatebordbahn in Eisenach Nord.
Neben den vielen alltäglichen Anpöbeleien, Provokationen, Tätlichkeiten und Schlägereien durch Rechte, welche meist nicht öffentlich oder als jugendlicher Vandalismus abgetan werden, nahmen Rechtsextreme EisenacherInnen an überregionalen Nazi-Aufmärschen teil und übernahmen da leitende Aufgaben.
In Eisenach selber kam es zur Schändung des jüdischen Friedhofes und der Gedenktafel für die jüdischen Eisenacher BürgerInnen am Hauptbahnhof. Während einer Anti-Bundeswehrdemo im vergangenen Jahr provozierten Rechtsextreme die DemonsttrantInnen, ebenfalls bei der Demonstration gegen die Burschenschaften in diesem Frühjahr. Hier wurde im Schatten des Demonstrationszuges Material der rechtsextremen NPD durch Eisenacher Nazis verteilt. Im Zuge der Bundestagswahl wurden Infostände der NPD und REP´s in Eisenach aufgebaut, per Postwurfsendung Material verteilt. Spuckis und Graffitis mit rassistischem Hintergrund tauchen immer wieder in der Stadt auf.
Neben einem Überfall auf den Jugendclub in Creuzburg durch Rechtsextreme, wurden mehrmals Scheiben bei Dönerläden und dem AsylbewerberInnenheim eingeworfen, Personen in Bussen und auf Straßen belästigt oder zusammengeschlagen.

Leider beschränkten sich die ReferentInnen zu sehr auf das Spektrum der jugendlichen und militanten Rechten. Durch Zuhörer wurde die Informationslücke gefüllt. Genannt wurde, das der gesamte Landesvorstand der Republikaner aus Eisenach kam, der rechtsextreme "runde Tisch", das sogenannte "Eisenacher Signal", in der Wartburgstadt stattfand, der Bund der Vertriebenen, die Marine Kameradschaft und die Burschenschaften sehr aktiv sind und durch die bürgerlichen Medien ein

Fortsetzung auf Seite 4

Termine

Montag, 2.11.1998
19.00 Uhr: *Ausstellungseröffnung "KaufRäume"*, Haus der Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150, Erfurt
20.00 Uhr: *Vom Pflaumenbaum und der Keuschheit - Die frühe Lyrik Brechts*, "Alte Mälzerei", Eisenach
Mittwoch, 4.11.1998
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Donnerstag, 5.11.1998
20.00 Uhr: *Twice a Week (USA/Schweiz)*, "Alte Mälzerei", Eisenach
Freitag, 6.11.1998
20.00 Uhr: *Die Launen des Verliebten*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Samstag, 7.11.1998
10.00 Uhr: *Gegen das Vergessen, Gegen das Verdrängen, Gegegn das Wegschauen*, Demonstration/Mahngang, Hauptbahnhof, Erfurt - **Treffpunkt für EisenacherInnen: 8.20 Uhr, Hauptbahnhof Eisenach**
12.00 Uhr: *8. Antifaschistischer Ratschlag*, Haus der Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150, Erfurt
20.00 Uhr: *Kleine Dreigroschenoper*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Montag, 9.11.1998 - Reichsprogromnacht
17.00 Uhr: *60 Jahre Reichsprogrom - Gedenken der jüdischen Deportierten*, Mahngang vom Bahnhof zur Synagoge, Eisenach
20.00 Uhr: *Der Vorleser* von Bernhard Schlink - Veranstaltung zur Reichsprogromnacht, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Mittwoch, 11.11.1998
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Donnerstag, 12.11.1998
19.00 Uhr: *"Ich wünschte, daß Du hier wärst..." Film über den alltäglichen Rassismus in der BRD*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
20.00 Uhr: *Risingt Star Jazz Circuit*, "Alte Mälzerei", Eisenach
20.00 Uhr: *Das tapfere Schhneiderlein*, öffentl. Probe, feb, "Alte Mälzerei, Eisenach
Freitag, 13.11.1998
20.00 Unr: *Die Launen des Verliebten*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Sammstag, 14.11.1998
20.00 Uhr: *Offene Zweierbeziehung*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Sonntag, 15.11.1998
15.00 Uhr: *Das tapfere Schneiderlein* - Premiere, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Mittwoch, 18.11.1998
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Freitag, 20.11.1998
20.00 Uhr: *Kleine Dreigroschenoper*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Samstag, 21.11.1998
20.00 Uhr: *Flüchtlingsgespräche* von Bertholt Brecht, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Sonnatg, 22.11.1998
15.00 Uhr: *Das tapfere Schneiderlein,*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Mittwoch, 25.11.1998
19.00 Uhr: *Antifa-Café*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Donnerstag, 26.11.1998
19.00 Uhr: *Gefangen in Eisenach - Zur Situation von Flüchtlingen*, TUZ, Uferstraße 1, Eisenach
Freitag, 27.11.1998
20.00 Uhr: *Dinner for one*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach
Samstag, 28.11.1998
20.00 Uhr: *Dinner for one*, feb, "Alte Mälzerei", ESA
Sonntag, 29.11.1998
20.00 Uhr: *Die Launen des Verliebten*, feb, "Alte Mälzerei", Eisenach

Nazi-Aktivitäten - Demo - Junge Gemeinde

Ein Bündnis aus GewerkschafterInnen, kirchlichen Gruppen, Parteien und autonomen AntifaschistInnen konnte einen rechtsextremen Aufmarsch am 17. Oktober in Jena erfolgreich zur Farce werden lassen: 400 AntifaschistInnen, 500 PolizistInnen, 43 Neonazis, 5 Festnahmen.

Zur Vorgeschichte

(red) Am Donnerstag, dem 15.10.98 wurde bekannt, daß die NPD in Jena für Samstag den 17.10.98 um 15.00 Uhr eine Demonstration "Gegen Drogen, linke Gewalt und Polizeiwillkür" angemeldet hatte. Die angemeldete Route sollte durch das Stadtzentrum führen, mit einer Zwischenkundgebung vor der Jungen Gemeinde (JG). Dort hatten am 9.10.98 ca. 40 Neonazis gegen die JG und den Stadtjugendpfarrer demonstriert, bis sie kurz darauf von der Polizei festgenommen wurden. Das Flugblatt, das dabei verteilt wurde, rief zur Schließung der JG auf und war im Stil der Verfassungsschutzberichte über Autonome gehalten ("gewaltbereite linksautonome Szene" / JG als "... Zufluchtsort genutzt, um sich nach diversen Straftaten polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen zu entziehen"). Es war unterschrieben von 11 Gruppen aus dem Anti Antifa Spektrum. In der systematischen Argumentationsweise und dem ernsthaften Versuch, eine konservative Öffentlichkeit zu mobilisieren, ist es für Thüringer Verhältnisse neu.

Die Anmeldung der Demo erfolgte spätestens am 12.10.98 durch die NPD. Die Arbeit der Nazis in Jena sollte so fortgesetzt werden und gieichzeitig einen rechtlichen Rahmen für die Demonstration schaffen, der schwer angreifbar ist.

Durch Auflagen wurde die Demonstrationsroute geändert und auf eine ca. 2000 m lange Strecke außerhalb der Sichtweite der JG begrenzt - von einem Versuch der Stadt, die Nazidemonstration zu verbieten, ist nichts bekannt geworden.

Am 16.10.98 wurde eine Gegenkundgebuung auf dem Platz vor der JG angemeldet. Zu der Kundgebung riefen ein kurzfristig zusammengerufenes Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, Initiativen, kirchlichen Gruppen und Antifa-Gruppen auf. Die Polizei hatte angekündigt, die Nazi Demonstration einschließend zu begleiten.

17.10.98 Jena Innenstadt

Um 14.00 Uhr versammelten sich auf dem Platz vor der JG ca. 400 Menschen. Vor allem Jugendliche, die zum Teil bunt geschminkt waren, nahmen an der Kundgebung teil. Ein Konzept wurde erläutert, das vorsah,sich ohne Einsatz von Gewalt an der Nazidemonstration zu beteiligen und sie mit Sprechchören und Transparenten in ihr Gegenteil zu verkehren. Anschließend brach die Kundgebung auf, um sich zum Lutherplatz, dem Sammelort der Nazis, zu bewegen. Kurz vor dem Kundgebungsort wurde der Demonstrationszug gestoppt. Durch Verhandlungen mit der Polizei wurde durchgesetzt, daß sich die AntifaschistInnen auf den Lutherplatz begeben konnten.

Dieser wurde von ca. 300 PolizistInnen einschließlich BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit) und USK (Unterstützungskommando) gesichert.

Am Rand des Platzes konnten sich in Polizeischutz 43 Neonazis sammeln, welche dann in einem wandernden Kessel aus 200 PolizistInnen unter Parolen Wie "Hier marschiert der nationale Widerstand" und "Antifa Ha Ha Ha" ihre Demonstration begannen. Neonazi Kappke (Anti Antifa Aktivist und Mitglied im Landesvorstand der NPD) hielt hier einen Redebeitrag gegen die JG. Im Anschluß an die 200 Meter lange Nazi Demo requirierte die Polizei einen Linienbus, lies die Nazis einsteigen und in Begleitung von Polizeifahrzeugen aus der Stadt bringen.

Die Polizei nahm laut eigenen Angaben fünf Personen fest, davon zwei aus dem antifaschistischen Spektrum. Der Vorwurf lautete Vermummung bzw. tätlicher Angriff auf einen Polizeibeamten (Der Polizist soll bespuckt worden sein).

Ein Erfolg

Innerhalb kürzester Zeit (eineinhalb Tage) ist es gelungen, 400 Menschen gegen Nazis auf die Straße zu bringen. Ein breites Bündnis fand sich bereit, zeitlich vor der Nazi Demo eine Kundgebung anzumelden. Die TeilnehmerInnen waren bereit, sich gemeinsam auf den angemeldeten Kundgebungsort der Nazis zu begeben. Ein großer Teil der Antifas hat versucht die eintreffenden Nazis abzudrängen und hat diese dann belagert. Die bürgerlichen Medien haben die Aktivitäten im Titel zwar annähernd gleichgesetzt (Rechts gegen Links), hat aber inhaltlich eher positiv gegenüber Aktionen gegen Rechts berichtet und negativ über die Nazis. Die Nazis konnten nur mit 43 Leuten, durch die Polizei von der Öffentlichkeit abgeschirmt, eine 200 Meter lange Demo machen, bevor sie aus der Stadt gebracht wurden. Leider ist es nicht gelungen, die Nazidemo zu verhindern.

Die Ursachen des Erfolgs liegen in dem entschlossenen Auftreten gegen Rechts. Das der Protest sich so entfalten konnte muß aber auch der Polizei zugute gehalten werden. Trotz aller Kritik, die an diesem staatlichen Gewaltinstrument zu üben ist, am 17.10.98 stellte sich die Polizei nicht unumschränkt auf die Seite rechten Gedankengutes. Leider ist dies die Ausnahme und nicht der Regelfall. Das es zu dieser Ausnahme gekommen ist, hat mehrere Ursachen: Die Demo der Nazis richtete sich in ihrem Titel auch gegen die Polizei, die Stimmung in Jena ist gegen Nazis eingestellt und toleranter gegenüber alternativer Lebenskultur. Das sich in Medien und bürgerlichem Spektrum die Stimmung gegen die Nazis richtete, ist auch darauf zurück zuführen, daß eine Einrichtung der evangelischen Kirche und kein autonomes Zentrum Ziel der rechtsextremen Angriffe war und ist. Das die Gewalt von den Nazis ausgeht, ist gesellschaftlich und auch in Jena BürgerInnenmeinung. Ohne die Gewißheit zu haben, daß von den AntifaschistInnen keine Gewalt ausgehen wird, wäre dieser Erfolg so auch nicht möglich gewesen. Das damit verbundene Risiko für OrganisatorInnen wie auch für die Polizeileitung hat sich ausgezahlt.

Alles gut oder was?

Das in einer Rot-Grün regierten Stadt die Information über eine angemeldete Nazidemonstration erst zwei Tage vorher bekannt wird, ist sehr bedenklich. Vor wem die Stadtoberen hier mehr Angst hatten, ob vor den Nazis oder denn Antifas muß mensch sich fragen. Auch die festgenommenen AntifaschistInnen trüben das Gesamtbild. Auch wenn die Nazidemonstration in ihrer Wirkung völlig entstellt wurde, konnten doch 43 Rechtsextreme (ca. 70 wurden bei der Anreise durch die Polizei abgefangen) marschieren. Eine Verhinderung war nicht möglich.

Die Gewaltfrage

Von Seiten der NazigegnerInnen kam es während der Demo und während der Platzbesetzung nicht zum Einsatz körperlicher Gewalt. Diese wäre dem Ziel, eine Nazidemo verhindern zu wollen, in diesem Fall auch nicht dienlich gewesen. 400 NazigegnerInnen standen 500 PolizistInnen gegenüber. Die Polizei verfügte über zwei Wasserwerfer, einen Hubschrauber und Sondereinheiten, die aufs Prügeln und Festnehmen trainiert sind.

Ob die Polizei eine Auseinandersetzung zum Anlaß genommen hätte, die Nazidemo aufzulösen ist Spekulation und hätte allen Erfahrungen mit Polizeiverhalten in den letzten Jahren widersprochen.

Die politischen Folgen für eine mit körperlicher Gewalt geführte Auseinandersetzung hätten ein keinem Verhältnis zum Nutzen gestanden. Die NazigegnerInnen bzw. ein Teil wären die linken Gewalttäter gewesen, die die Nazis in ihrem Flugblatt versucht haben, zu zeichnen, allerdings multipliziert durch die Macht der bürgerlichen Medien. Die JG wahrscheinlich, aber mit Sicherheit das Bündnis, hätte sich immensen Spaltungsdiskussionen entlang der Gewaltfrage unterworfen.

Die Kampagne gegen die Junge Gemeinde ist der Versuch, das Konzept der "national befreiten Zonen" auszuweiten und ein Angriff auf alle, die selbstbestimmt und ohne Angst vor rassistischen Angriffen leben wollen. ❑

Gedenken I

119 Bäume für Israel

(red) Die Thüringer Bibelgesellschaft und das DGB-Ortskartell Eisenach rufen zur Beteiligung an ihrer Aktion "119 Bäume für Israel" auf. Es sollen zur Erinnerung an die 119 Eisenacher jüdischen Bürger/innen, die nach der Zerstörung der Eisenacher Synagoge (1938) deportiert und umgebracht wurden, in Israel Bäume gepflanzt werden. Ein Baum kostet 20,-DM. Spendenkonto: Wartburg-Sparkasse, Konto: 116 00 406 28, BLZ: 84055050. ❑

Gedenken II

Gedenk- undMahnveranstaltung am 9. November 1998 in Eisenach.

(red) In diesem Jahr jähren sich zum 60. Mal die Reichspogrome vom 9. November 1938, bei denen auch in Eisenach die Synagoge zerstört wurde, und die ein Ausgangspunkt der Judenvernichtung durch den Nazi-Faschismus waren. Zum Gedenken an die Opfer des Holocaust werden ab 17. 00 Uhr in der Bahnhofshalle an der Gedenktafel die Namen der deportierten Eisenacher Juden verlesen, Blumen niedergelegt und Kerzen angezündet. Anschließend wird ein Gedenk- und Mahngang zur Gedenkstätte der ehemaligen Eisenacher Synagoge, wo es "Minuten des Gedenkens" geben wird, durchgeführt. ❑

Unterschriftenaktion für Asylsuchende

Am 1. Dezember 1998 soll in Erfurt ein neues Flüchtlingsheim eröffnet werden. Der Sinn des am 1. Januar 1998 in Kraft getretenen Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, Flüchtlinge im Rahmen einer landesweit ausgewogenen Verteilung verstärkt in Wohnungen und nicht ghettoisiert in Sammelunterkünften unterzubringen, wird damit in sein Gegenteil verkehrt.

Alle Argumente und Erfahrungen sowie der Wunsch der Flüchtlinge, menschenwürdig in den eigenen vier Wänden zu wohnen, sprechen für die individuelle Unterbringung. Angesichts des hohen Wohnraumleerstandes in Erfurt ist die Vermittlung von Wohnungen an Flüchtlinge möglich. Statt Betreiberfirmen und Wachdienste zu sanieren, sollten Gelder für humane Lebensbedingungen von Asylsuchenden verwendet werden.
Der Oberbürgermeister, sowie die Fraktionen im Stadtrat von Erfurt werden aufgefordert, die Planungen für die Neue Sammelunterkunft zu stoppen.
Die Unterschriften sollen am 16. November dem Erfurter Stadtrat übergeben werden. Bis dahin läuft die Aktion, Unterschriftenlisten können angefordert werden bei dem Flüchtlingsrat Thüringen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt. ❑

Vier Jahre "The Voice Forum Jena"

(red) Das Forum afrikanischer AktivistInnen "The Voice" kann auf vier Jahre aktive Arbeit für Menschenrechte zurückblicken. Vom 16. - 18. Oktober führten sie deshalb eine Veranstaltung in Jena zu Chancen und Möglichkeiten aktiver Menschenrechtskampagnen in Deutschland durch. Neben GewerkschafterInnen waren auch VertreterInnen der Menschenrechtskarawane des Bremer Menschenrechtsverein der Einladung zur Diskussion über Perspektiven der "Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit" gefolgt. Ging es am ersten Tag vor allem um einen Rückblick auf die vergangen vier Jahre und die Zustandsbeschreibung der Situation von Flüchtlingen in der BRD und speziell in Thüringen, so wurde anschließend über daraus resultierende Forderungen und mögliche Aktivitäten diskutiert. Konkrete Forderungen wie den Abschiebestopp für Asylbewerber, Schließung der Asylbewerberheime speziell in Tambach-Dietharz und Jena und Einzelunterbringung von Flüchtlingen, Bewegungsfreiheit für Asylbewerber und Bargeld statt Wertgutscheine wurden aufgestellt. Darüber hinaus waren sich die Anwesenden einig, daß mensch vielmehr die Öffentlichkeit für die Umsetzung der Forderungen erreichen muß, und daß Aktivitäten auf die Verbindung der Darstellung der Fluchtursachen und der Situation in den Herkunftsländern mit der Situation der Flüchtlinge in der BRD gerichtet sein müssen.
Das "The Voice Forum" wird sich zur Umsetzung seiner Ziele an dem Antrassistischen Ratschlag in Erfurt am 7.11.1998 beteiligen und eine Veranstaltung zum Internationelen Tag der Menschenrechte durchführen. Das Resümee war, daß Flüchtlingsorganisationen nur gemeinsam mit deutschen Organisationen und umgedreht ihre Arbeit zur Durchsetzung allgemeiner Menschenrechte realisieren können. ❑

Hausbesetzung in Erfurt

(red) Anfang September wurde in Erfurt ein Haus, die Villa "Katharina" besetzt. Ziel dieser Hausbesetzung war es, "ca. 10 Jugendlichen Wohnraum zu verschaffen, da sie aus eigenen finanziellen Mitteln eine Wohnung nicht dauerhaft halten können. Ohne diese Projekt wären diese von Obdachlosigkeit bedroht." Neben Wohnraum war der Aufbau einer Bibliothek und eines Cafés gedacht.
Während früher andere besetzte Häuser in Erfurt Mietverträge, Ausweichprojekte oder Duldungen erhielten, ging die Polizei diesmal rigoros vor. Auf Veranlassung des Eigentümers der Villa, wurde die Räumung des Hauses durchgesetzt:
Am 30.9.98 dringen um 11.00 Uhr ca. 25 mit Schlagstöcken bewaffnete und mit Ganzkörperschutzkleidung ausgerüstete PolizistInnen ohne vorherige Warnung in die Villa "Katharina" ein. Sie stehen acht anwesenden HausbesetzerInnen, die teilweise noch schlafen und nur mit wenigen Stücken bekleidet sind, gegenüber. Unter den Blicken mehrere Polizeibeamten mußten die BesetzerInnen sich bei sexistischen Demütigungen und Beleidigungen umziehen. Vor Ort wurden von den nun acht vorläufig Festgenommenen Polaroidfotos angefertigt, persönliche Dinge konnten erst nach Verhandlungen auf die Polizeiwache mitgenommen werden. Der Vorwurf des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung wird nun gegen die HausbesetzerInnen erhoben. Der Vorwurf der Sachbeschädigung bezieht sich größtenteils auf das Streichen der Wände. Im Voraus abgesichert hat sich die Polizei, indem sie die Vorgefundenen jetzt schon aller Straftaten im Haus beschuldigt, die noch aufgefunden werden könnten, obwohl die entsprechenden Beweise zum Zeitpunkt der Räumung nicht sicher gestellt wurden, d.h. daß diesen Personen Delikte vorgeworfen werden können, ohne entsprechende Beweise zu haben. Das einzige Indiz ist der nicht rechtliche Aufenthalt in diesem Haus.
"Der Angriff auf die Villa "Katharina" war ein Angriff auf ein Alternatives Zusammenleben jenseits der Vereinzelung und Konkurrenz, war ein Angriff auf unsere Vorstellung lebenswerten Lebens, war ein Angriff auf unser Leben. Doch wo wir am Leben gehindert werden, fängt unser Widerstand an!"
(aus Flugis der BesetzerInnen) ❑

Demonstration/Mahngang/ Ratschlag

7.November - Erfurt

10 Uhr Demonstration/Mahngang
12 Uhr Ratschlag

8.20 Uhr Treffpunkt für EisenacherInnen: Hauptbahnhof Eisenach

Impressum: Eisenacher Nachrichten, Briefkasten: Grimmelsgasse 2b, 99817 Eisenach. Redaktionelle Artikel sind mit red gekennzeichnet, andere mit üny.

Alternatives Jugend-Wohnprojekt in Kromsdorf (Weimar) vor dem Aus

Am 23.9. kündigte mit sofortiger Wirkung das Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur dem KWVreiraum e.V. das Wohngebäude in Kromsdorf (Weimar), das von den 16 BewohnnerInnen als alternatives Jugendwohnprojekt betrieben wird.

(üny) Die Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus protestiert gegen das jugendfeindliche Verhalten und fordert alle Initiativen und Organisationen auf, sich beim Ministerium für den Erhalt des KWVreiraum (Kultur-Wohnen-Freiraum) einzusetzen.
Mit fadenscheinigen Begründungen wie "Ruhestörungen", "übermäßigen Lärm" (aus dem Kündigungsschreiben des TMfWFK) würde einem Jugendprojekt, das mittlerweile vielen Jugendichen zur Heimat geworden ist und in Weimar und Umgebung Anlaufpunkt emanzipierter Kulturprojekte ist, der Garaus gemacht.
Die Initiative wirft dem Ministerium vor, durch sein Verhalten Jugendliche auszugrenzen und Staats- und Politikverdrossenheit zu fördern. Es sei ein Paradoxum, daß angesichts neofaschistischer Wahlerfolge, die insbesondere durch Erst- und JungwählerInnen ermöglicht wurden, emanzipatorische und demokratische Jugendinitiativen kaputtgemacht werden. Einerseits werde von der Politik beklagt, das sich Jugendliche nicht gesellschaftlich engagieren, anderseits führe das Thüringer Ministerium vor, daß im Freistaat dafür kein Freiraum existiert.
Der Verein wurde im Winter 1993 gegründet, um sich für die Verbesserung der Wohnsituation von jungen Menschen in Weimar einzusetzen, unter Einbeziehung von Kultur und Bildung.
Konkret möchte der Verein:
-Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Obdachlosigkeit verhindern
-Praktisches Arbeiten ermöglichen in Werkstätten (Holz, Metall, Keramik) und Ateliers
-Weniger privilegierten KünstlerInnen Räume zum Arbeiten und Ausstellen zu bieten
-Kulturelle Veranstaltungen durchführen
-Bildungsmaßnahmen anzubieten
-Den Mühlbach reaktivieren und das alte Mühlrad mit Generator in Betrieb nehmen
-Besonderen Wert legen auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung

Circa 3 km. von Weimar entfernt, befindet sich das Gelände der ehemaligen zentralen Thürg. Feuerwehrwerkstätten. Die Nutzung wurde 1989 aufgegeben, danach wurden nur einzelne Räume genutzt. Der bauliche Zustand hat sich durch den jahrelangen Leerstand und mutwillige Zerstörung sehr verschlechtert. Der KWVreiraum hat mit dem Eigentümer, dem Land Thürg. (Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Kultur), einen Vertrag geschlossen über die Nutzung des Wohnhauses, in welchem ihnen eine Option auf das restliche Gelände zugesichert wurde. Nach Abschluß der Sanierungsmaßnahmen wollte nun der Verein die anderen Gebäudeteile nach und nach nutzbar und bewohnbar machen. In den vergangenen Monaten standen die HausbewohnerInnen daher in Vertragsverhandlungen mit dem Land Thüringen. Entgegen dem ausgearbeitetem Konzept für die anderen Gebäudeteile wurden dem KWVreiraum jedoch eine Vormundschaft des Studentenwerkes aufgezwungen. Dies entsprach nicht einer bereits getroffenen Vereinbarung und verhinderte eine Umsetzung der vom KWVreiraum geforderten Ziele wie: Verbindung von Wohnen und Kultur, Integratives Arbeiten von Menschen aus verschiedenen Spektren der Gesellschaft unabhängig vom sozialen Status.
Mitten in diesen Verhandlungen, die seitens des Ministeriums zu keinem Zeitpunkt als gescheitert erklärt wurden, erreichte die BewohnerInnen die Kündigung.
Protestfaxe bitte an das Ministerium unter 0361-3791399 senden.
(Pressemitteilung der LAG AntiFa/AntiRa) ❑

"Ich wünschte daß Du hier wärst..."

Dokumentarfilm über den Abschiebealltag in der BRD

Im Februar 1996 wurde Feride G., Asylbewerberin aus Kurdistan, nach fast siebenjährigem Aufenthalt in der BRD mit sieben ihrer Kinder in die Türkei abgeschoben. Der Vater Bahri konnte sich mit einem Sohn der Abschiebung entziehen und fand vorläufigen Schutz in einer niedersächsischen Kirchgemeinde. Er hat einen Asylfolgeantrag gestellt, dessen Bearbeitung noch läuft.
Die abgeschobenen Kinder leben jetzt in einem von Krieg, wirtschaftlicher und sozialer Repression ausgebluteten Land. Ihre Identität droht zwischen der mitteleuropäischen Kultur, mit der sie sich identifizieren, und einem fremd gewordenen, islamisch geprägten Alltag verloren zu gehen.
Die Geschichte der Familie G. ist kein Einzelfall, sondern für hunderte Flüchtlingsfamilien in der BRD Normalität.
Der Film betrachtet die deutsche AusländerInnen- und Flüchtlingspolitik aus Sicht der Familie, ihrer NachbarInnen, Freunde, Lehrerinnen, Betreuerinnen, Anwälte... und sucht nach den Überbleibseln des Traumes von einer Multikulturellen Gesellschaft.

Der Film wird am 12.11.1998, um 19.00 Uhr im Café "Uferlos" des TUZ, Uferstraße1 in Eisenach gezeigt. VeranstalterIn ist der AK AntiFa/AntiRa.

Gefangen in Eisenach?

Zur Situation von Nichtdeutschen in der Wartburgstadt

Mit Berichten von Flüchtlingen die im Asylbewerberheim in Eisenach untergebracht sind, soll die Situation von Nichtdeutschen beleuchtet werden. Die Veranstaltung beginnt am 26. 11.1998, um 19.00 Uhr im Café "Uferlos", des TUZ , Uferstraße 1, in Eisenach. VeranstalterIn ist der AK AntiFa/AntiRa.
Wie fühlen sich AsylbewerberInnen in dieser Stadt und diesem Land, wie sieht der Alltag aus und welche Probleme gibt es?
Der Abend bietet die Möglichkeit, eigene Vorurteile und Rassismen gegenüber Flüchtlingen kritisch zu hinterfragen und abzubauen.

Fortsetzung von Seite 1
Podium zur Verbreitung ihres Gedankengutes bekommen. So konnten, auch mit offenkundigem Wohlwollen der Stadtoberen, die Ostdeutschen (oder gar Ostpreußischen) Kulturtage des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Burschen- und Altherrentag der Deutschen Burschenschaft in Eisenach stattfinden. Von der Öffentlichkeit unbemerkt, hielt die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) Anfang Oktober in der Wartburgstadt ihr Deutschlandpolitisches Seminar (siehe EN Nr. 4).
Die Ursachen für diese Entwicklung sah ein Diskussionsteilnehmer in dem zunehmenden gesellschaftlichen Rassismus, der steigenden Ablehnung gegenüber Minderheiten und Flüchtlingen und im öffentlichen Umgang mit diesen. Exemplarisch nannte er hierfür die Haltung des Oberbürgermeisters gegenüber den Burschenschaften. Indem er ihnen hofiert und den Gegenaktivitäten unsachlich gegenübertritt, leiste er, wenn nicht tätlich, so doch moralisch rechten Kräften Vorschub.

Noch herrschen keine Saalfelder Verhältnisse in Eisenach, so wie es der Oberbürgermeister im Vorfeld der Anti-Burschenschaftsdemo in Eisenach prognostizierte. Indem aber rechte Bestrebungen verharmlost oder gar begünstigt werden, kann dies schnell geschehen. Der Zustand fängt dort an, wo diejenigen, die rechtsextreme Strukturen öffentlich machen als unbequem empfunden werden und nicht die rechten Strukturen. ❑